

Synoptische Darstellung

Erläuterungen:

§ a1 = § 1 geltende Version

§ n1 = § 1 Entwurf neues Reglement

Bisheriges Recht	Neues Recht	Bemerkungen
Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen (Mietzinsbeitragsreglement) vom 3. Dezember 2019	Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen (Mietzinsbeitragsreglement)	
Der Einwohnerrat Pratteln, gestützt auf § 47 Absatz 2 des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden vom 28. Mai 1970 (Gemeindegesetz) und § 9 des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen vom 20. März 1997, beschliesst:	Der Einwohnerrat Pratteln, gestützt auf § 115 Abs. 1 i.V.m. § 47 Abs. 1 Ziff. 2 Gemeindegesetz¹ sowie § 10 des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen² und § 1 Abs. 1 der Verordnung zum Mietzinsbeitragsgesetz³ , beschliesst:	
1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen	unverändert	
§ a1 Zweck Dieses Reglement normiert die Anspruchsvoraussetzungen und die Höhe der kommunalen Mietzinsbeiträge.	§ n1 Zweck Dieses Reglement regelt den Vollzug der Bestimmungen über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen.	Konkretisierung der Bestimmung in § 10 Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen (MBG). Der grundsätzliche Zweck der Mietzinsbeiträge ist gemäss Definition in § 1 MBG die Entlastung von Familien und Alleinerziehenden in bescheidenen finanziellen Verhältnissen.

¹ SGS 180, Gesetz über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz [GemG]) vom 28. Mai 1970

² SGS 844, Mietzinsbeitragsgesetz (MBG) vom 1. Dezember 2022

³ SGS 844.11, Verordnung zum Mietzinsbeitragsgesetz (Vo MBG) vom 30. Mai 2023

§ a2 Anspruchsberechtigte Personen ¹ Familien, Alleinerziehende, Rentenbezügerinnen und Rentenbezüger in bescheidenen finanziellen Verhältnissen mit Wohnsitz in Pratteln haben bei übermässig hoher Mietzinsbelastung im Verhältnis zum Einkommen Anspruch auf Mietzinsbeiträge.	gestrichen	Bereits in § 3 MBG geregelt. Verzicht auf Doppelnennungen.
² Anspruchsberechtigt sind Schweizerinnen und Schweizer sowie Ausländerinnen und Ausländer mit Niederlassungsbewilligung C, die seit mindestens zwei Jahren Wohnsitz im Kanton Basel-Landschaft haben.	gestrichen	Bereits in § 3 Abs. 2 MBG geregelt. Verzicht auf Doppelnennungen.
§ a3 Anspruch mehrerer in einem Haushalt lebender Personen Die jeweilige Anspruchsberechtigung von Personen, die miteinander in einem Haushalt leben und eine gemeinsame Haushaltsführung aufweisen, wird gemeinsam ermittelt und verfügt.	gestrichen	Bereits in § 4 MBG geregelt. Verzicht auf Doppelnennungen.
2. Kapitel: Anspruchsvoraussetzungen	unverändert	
§ a4 Subsidiarität ¹ Voraussetzung für die Inanspruchnahme von Leistungen nach diesem Reglement ist die Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur Erzielung eines den persönlichen Verhältnissen entsprechenden Einkommens	gestrichen	Bereits in § 2 Abs. 1 MBG geregelt. Verzicht auf Doppelnennungen.
² Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller können durch die kommunalen Vollzugsorgane angehalten werden, vor Inanspruchnahme einer Leistung	gestrichen	Bereits in § 2 Abs. 1 MBG geregelt. Verzicht auf Doppelnennungen. Gesetzlich ist es nicht vorgesehen, dass Personen vom Bezug von Mietzinsbeiträgen ausgeschlossen

gemäss diesem Reglement, alle möglichen Drittleistungen abzuklären.		werden, wenn sie andere Leistungen (Prämienverbilligung etc.) nicht beziehen wollen.
³ Bezügerinnen und Bezüger von Leistungen nach diesem Reglement können durch die kommunalen Vollzugsorgane verpflichtet werden, sich um eine preisgünstigere Wohnung zu bemühen oder eine Verminderung der Wohnkosten auf anderem Wege zu erreichen.	gestrichen	Die Gemeinde regelt die Höhe des maximalen Mietzinsbeitrages, vgl. Bemerkungen zu § n2.
⁴ Leistungen nach diesem Reglement können nur auf der Basis des Mietvertrages für den von der Gesuchstellerin oder vom Gesuchsteller selbst bewohnten Mietraum erfolgen.	gestrichen	Bereits in § 2 Abs. 1 MBG geregelt. Verzicht auf Doppelnennungen.
	§ n2 Mietzinshöchstbeitrag ^{(neu) 1} Der maximale Mietzinsbeitrag beträgt mindestens 75 % und maximal 90 % der Jahresnettomiete zuzüglich 20 % als Nebenkosten bzw. der angemessenen Jahresnettomiete.	<p>Festlegung des maximalen Mietzinsbeitrages, abgestützt auf das kantonale Gesetz und die kantonale Verordnung (vgl. § 5 und 10 Abs. 2 Bst. a MBG und § 1 Vo MBG): Die Gemeinde kann eine Formulierung von ... bis ... wählen, wobei der Minimalbetrag bei 75% liegt, und die genaue Festlegung des Betrages auf Verordnungsstufe an den Gemeinderat delegieren.</p> <p>Die angemessene Jahresnettomiete muss mindestens dem festgelegten Mietzinsgrenzwert in der Sozialhilfe zuzüglich 20% als Nebenkosten entsprechen. Die Gemeinde kann auch einen höheren Wert festlegen, seien es 110%, 115% oder mehr des von der SHB festgelegten Mietzinsgrenzwertes plus 20% NK. Je höher die angemessene Jahresnettomiete zu liegen kommt, desto mehr Haushalte werden einen Anspruch auf Mietzinsbeiträge geltend machen können. Den damit verbundenen Mehrkosten stehen Substitutionseffekte bezüglich der Sozialhilfe gegenüber (siehe Landratsvorlage 2022/386 vom 21.6.2022, Abschnitt 2.11.2, S. 25f): Neueintritte in die Sozialhilfe von Haushalten mit einem geringen Unterstützungsbedarf können verhindert und</p>

		Haushalte mit einer geringen Deckungsquote aus der Sozialhilfe abgelöst werden.
	(neu) ² Die angemessene Jahresnettomiete entspricht mindestens 100 % und maximal 120 % der durch die Sozialhilfebehörde festgelegten Mietzinsgrenzwerte in der Sozialhilfe zuzüglich 20 % der Nettowohnungskosten als Nebenkosten.	Festlegung der angemessenen Jahresnettomiete, abgestützt auf das kantonale Gesetz (vgl. § 5 und 10 Abs. 2 Bst. b MBG). Die Gemeinde kann aber hier eine Formulierung von ... bis ... wählen, wobei der Minimalbetrag bei 100% liegt, und die genaue Festlegung des Betrages auf Verordnungsstufe an den Gemeinderat delegieren.
	(neu) ³ Der genaue Prozentsatz des maximalen Mietzinsbeitrages und der angemessenen Jahresnettomiete werden durch den Gemeinderat in der Verordnung geregelt.	Delegationsnorm, siehe Bemerkung zu § n2 Abs. (neu) 1 und (neu) 2.
§ a5 Einkommenshöchstgrenze Übersteigt das massgebende Monatseinkommen die Summe der nachfolgenden monatlichen Kosten um mehr als 5 %, besteht kein Anspruch auf Mietzinsbeiträge: <ul style="list-style-type: none"> - Grundbedarf gemäss Sozialhilfeverordnung (SHV); - angemessenen Wohnungskosten gemäss SHV; - Durchschnittsprämie gemäss EG KVG. 	§ n3 Einkommensgrenze (neu) ¹ Der zur Berechnung der Einkommensgrenze verwendete allgemeine Lebensbedarf entspricht mindestens 130 % und maximal 150 % des Grundbedarfs gemäss § 9 der Sozialhilfeverordnung⁴.	<p>Es existiert auf kantonaler Ebene (§ 2 Vo MBG) ein Mindestansatz der Berücksichtigung des allgemeinen Lebensbedarfs (130%). Daher muss eine Formulierung im kommunalen Reglement gewählt werden, welche diesen Mindestansatz einhält: von ... bis oder von mindestens 130 %.</p> <p>Konkretisierung der Bestimmungen in § 6 MBG i.V.m. § 2 Abs. 1 Vo MBG: Die Gemeinde muss den Faktor festlegen, mit welchem der Grundbedarf gemäss Sozialhilfegesetzgebung (§ 9 Sozialhilfeverordnung [SHV, SGS 850.11]) als allgemeiner Lebensbedarf in die Berechnung der Einkommensgrenze einfliesst. Der Faktor entspricht mindestens 130%. Je höher der Faktor festgesetzt wird, desto höher ist die Einkommensgrenze und desto mehr Personen haben potenziell Anspruch auf Mietzinsbeiträge. Auch hier gilt, dass den damit verbundenen Mehrkosten Substitutionseffekte bezüglich der Sozialhilfe gegenüberstehen.</p>

⁴ SGS 850.11, Sozialhilfeverordnung (SHV) vom 25. September 2001

	(neu) ² Der Gemeinderat legt den genauen Prozentsatz der Einkommensgrenze in der Verordnung fest.	Delegationsnorm
§ a6 Vermögenshöchstgrenze ¹ Das Reinvermögen darf den geltenden, um den Faktor fünf multiplizierten Vermögensfreibetrag gemäss SHV, nicht überschreiten.	§ n4 Vermögensgrenze ¹ Die Vermögensgrenze entspricht mindestens dem 5-fachen der freien Vermögensbeträge gemäss § 16 Abs. 2 der Sozialhilfeverordnung⁵.	<p>Es existiert auf kantonaler Ebene ein Mindestbetrag (5-fache) vgl. § 3 Abs. 1 Vo MBG. Daher muss eine Formulierung im kommunalen Reglement gewählt werden, welche diesen Mindestansatz einhält: von ... bis ... oder entspricht mindestens dem 5-fachen.</p> <p>Konkretisierung der Bestimmungen in § 7 MBG i.V.m. § 3 Vo MBG: Der minimale Faktor beträgt 5, er kann aber auch 6, 7 oder mehr betragen. Je höher die Gemeinde den Faktor festsetzt, desto höher ist die Vermögensgrenze und desto mehr Personen haben potenziell Anspruch auf Mietzinsbeiträge. Eine höhere Vermögensgrenze wirkt präventiv. Personen mit geringem Einkommen müssen nicht ihre Reserven aufbrauchen und werden darin unterstützt, ihre Lebenssituation zu stabilisieren. Ein späterer Eintritt in die Sozialhilfe kann so gegebenenfalls frühzeitig verhindert werden. Auf die Ablösung von bestehenden Sozialhilfefällen hat die Vermögensgrenze keinen Einfluss.</p>
	(neu) ² Der Gemeinderat legt den genauen Faktor des Vermögensfreibetrags in der Verordnung fest.	Delegationsnorm
² Kindesvermögen wird bei der Feststellung der Anspruchsberechtigung nicht berücksichtigt.	(neu) ³ Kindesvermögen wird bei der Feststellung der Anspruchsberechtigung nicht berücksichtigt.	
§ a7 Angemessenheit der Wohnungsgrösse Mietzinsbeiträge werden nur ausgerichtet, wenn die Zahl der Zimmer jene der Bewohnerinnen oder der	gestrichen	Vgl. § 2 Musterreglement Kanton BL: Der Gesetzgeber hat explizit keine Festlegung der Zimmergrösse geregelt. Eine Steuerung findet über den maximalen Beitrag der Gemeinde statt.

⁵ SGS 850.11, Sozialhilfeverordnung (SHV) vom 25. September 2001

Bewohner nicht um mehr als zwei Zimmer übersteigt oder aus gesundheitlichen Gründen ein Wohnungswechsel nicht zumutbar ist.		
§ a8 Motorfahrzeugbesitz An Besitzerinnen und Besitzer eines Motorfahrzeugs werden keine Mietzinsbeiträge ausgerichtet, sofern die Benützung des Motorfahrzeugs aus gesundheitlichen oder beruflichen Gründen nicht unabdingbar ist.	gestrichen	Bis jetzt wurde dies kulant gehandhabt bzw. gesetzlich wurde dies bisher minimal geregelt. Gemäss Praxis wurde bisher noch niemand abgelehnt aufgrund dieser Bestimmung (§ a8).
3. Kapitel: Berechnungsgrundlagen	unverändert	
§ a9 Massgebliches Monatseinkommen ¹ Das massgebliche Monatseinkommen setzt sich zusammen aus sämtlichen Einkünften aller Personen, die miteinander in einem Haushalt leben und eine gemeinsame Haushaltsführung aufweisen.	gestrichen	Bereits in § 8 Abs. 1 MBG geregelt. Verzicht auf Doppelnennungen.
² Als Einkünfte gelten sämtliche Einkommen und Entschädigungen, namentlich der Nettolohn inklusive des anteilmässigen 13. Monatslohns, allfällige Sozialversicherungsleistungen, Stipendien, Alimente, Lehrlings- oder Praktikumlöhne und freiwillige Zuwendungen Dritter	gestrichen	Bereits in § 8 Abs. 3 MBG geregelt. Verzicht auf Doppelnennungen.
§ a10 Anrechenbare Ausgaben ¹ Als Ausgaben gelten: <ul style="list-style-type: none"> - Grundbedarf gemäss SHV zuzüglich 30 %; - Wohnungskosten; 	§ n5 Anerkannte Ausgaben gestrichen	Die anerkannten Ausgaben werden bereits in § 9 MBG definiert. Verzicht auf Doppelnennungen.

<ul style="list-style-type: none"> - Nebenkosten gemäss Mietvertrag; - Durchschnittsprämie gemäss EG KVG. 		
<p>² Die als Ausgaben angerechneten Wohnungskosten dürfen die Höchstmieten gemäss § 11 nicht überschreiten.</p>	<p>^{(neu) 1} Der zur Berechnung der anerkannten Ausgaben verwendete allgemeine Lebensbedarf entspricht mindestens 100 % und maximal 120 % des Grundbedarfs gemäss § 9 der Sozialhilfeverordnung⁶.</p>	<p>Es existiert auf kantonaler Ebene ein Mindestansatz (100 %; vgl. § 5 Vo MGB). Daher muss eine Formulierung im kommunalen Reglement gewählt werden, welchen diesen Mindestansatz einhält: von ... bis</p> <p>Je höher der Faktor ist, desto stärker fallen die Ausgaben bei der Berechnung des tragbaren Masses der Mietzinsbelastung ins Gewicht. Die Mietzinsbeiträge fallen entsprechend höher aus. Den damit verbundenen Mehrkosten stehen Substitutionseffekte bezüglich der Sozialhilfe gegenüber.</p>
	<p>^{(neu) 2} Der Gemeinderat legt den genauen Faktor in der Verordnung fest.</p>	<p>Delegationsnorm</p>
<p>§ a11 Höchstmieten</p> <p>¹ Die jeweilige Höchstmiete entspricht den von der Sozialhilfebehörde ermittelten und dem kantonalen Sozialamt gemeldeten angemessenen Wohnungskosten zuzüglich 30 %.</p>	<p>gestrichen</p>	<p>Bereits in § 5 MBG geregelt. Verzicht auf Doppelnennungen.</p>
<p>² Beträgt der Mietzins mehr als 35 % des massgebenden Monatseinkommens, besteht kein Anspruch auf Mietzinsbeiträge.</p>	<p>gestrichen</p>	<p>Bereits in § 5 MBG geregelt. Verzicht auf Doppelnennungen.</p>
<p>§ a12 Beitragshöhe</p> <p>¹ Der Mietzinsbeitrag entspricht der Differenz zwischen dem massgeblichen Monatseinkommen gemäss § 9 und den anrechenbaren Ausgaben gemäss § 10.</p>	<p>gestrichen</p>	<p>Bereits in § 5 MBG geregelt. Verzicht auf Doppelnennungen.</p>

⁶ SGS 850.11, Sozialhilfeverordnung (SHV) vom 25. September 2001

² Der zugesprochene Mietzinsbeitrag darf $\frac{3}{4}$ der monatlichen Nettomiete nicht überschreiten.	gestrichen	Bereits in § 5 MBG geregelt. Verzicht auf Doppelnennungen.
4. Kapitel: Verfahren	unverändert	
§ a13 Allgemeine Verfahrensbestimmungen ¹ Gesuche sind der Abteilung Gesundheit / Soziales unter Beilage der für die Beurteilung der Anspruchsberechtigung notwendigen Unterlagen einzureichen.	§ n6 Allgemeine Verfahrensbestimmungen ¹ Gesuche um Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen sind zusammen mit den notwendigen Unterlagen der Abteilung Gesundheit und Soziales einzureichen.	Sprachliche Präzisierung
² Als notwendige Unterlagen gelten: <ul style="list-style-type: none"> - sämtliche Angaben zum Einkommen und zum Vermögen gemäss aktueller Steuerveranlagung; - Einkommensnachweise der letzten drei Monate; - Krankenkassenpolicen und Prämienrechnungen der letzten drei Monate; - Mietvertrag und aktuelle Nebenkostenabrechnung; - Angaben zur aktuellen Wohnsituation. 	gestrichen	Neu auf Verordnungsebene: Diese Bestimmung wird somit neu vom Gemeinderat in der Verordnung geregelt. Somit können diese Voraussetzungen künftig bei veränderten Umständen durch den Gemeinderat schneller angepasst werden.
³ Die Zusicherung erfolgt für das laufende Halbjahr, längstens jedoch bis zum Eintritt einer Veränderung der massgebenden Einkommens- und/oder Vermögensverhältnisse.	² Werden die Unterlagen nicht oder nur unvollständig eingereicht, setzt die Gemeindeverwaltung eine angemessene Frist innert der die fehlenden Unterlagen nachgereicht werden können. Geschieht dies nicht oder werden unwahre Angaben gemacht, kann der Antrag abgelehnt werden.	Regelung aus dem alten Recht neu formuliert in § n6 Abs. 4. (neu) 3: Regelung zur formalen Antrags-einreichung.

<p>⁴ Veränderte Einkommens- und/oder Vermögensverhältnisse sind der Abteilung Gesundheit / Soziales von den Bezügerinnen und Bezüger umgehend zu melden und bewirken für die laufende Anspruchsperiode eine Neuberechnung des Mietzinsbeitrages.</p>	gestrichen	Dies wird bereits in § 12 Abs. 2 MBG geregelt. Verzicht auf Doppelnennungen.
	<p>(neu) ³ Im Falle eines zustimmenden Entscheides werden die Beiträge ab dem Monat der vollständigen Einreichung des Antrages gewährt.</p>	
<p>⁵ Die Auszahlung erfolgt monatlich.</p>	<p>⁴ Die Zusicherung gilt jeweils bis zum Ende des laufenden Kalenderjahres, längstens jedoch bis zur Veränderung eines Berechnungsfaktors. Die Auszahlung erfolgt jeweils auf Monatsende mit Gültigkeit für den nächstfolgenden Monat.</p>	<p>Vorschlag gemäss Münchenstein, § 12 Abs. 4</p> <p>Mit der neuen Formulierung könnten Unklarheiten bezüglich Auszahlung vermieden werden.</p>
<p>§ a14 Eingabefristen</p> <p>¹ Vollständige Gesuche um Ausrichtung der Mietzinsbeiträge für die Periode vom 1. Januar bis 30. Juni sind bis zum 31. März einzureichen.</p>	gestrichen	<p>In der Praxis hat sich dies nicht bewährt. Doppelter Aufwand für die Verwaltung insb. wenn die Anspruchsgruppe künftig grösser wird Aufwand wäre grösser als Ertrag.</p>
<p>² Vollständige Gesuche um Ausrichtung der Mietzinsbeiträge für die Periode 1. Juli bis 31. Dezember sind bis zum 31. Juli einzureichen.</p>	gestrichen	
<p>³ Gesuche, die verspätet eingegangen sind, werden ab dem Monat der vollständigen Gesuchseinreichung berücksichtigt.</p>	gestrichen	<p>Siehe § n6 Abs. (neu) 4</p>
<p>§ a15 Zuständigkeit</p> <p>¹ Die Abteilung Gesundheit / Soziales prüft die Gesuche und verfügt die Anspruchsberechtigung.</p>	<p>§ n7 Zuständigkeit</p> <p>¹ Der Gemeinderat delegiert den Erlass der Mietzinsbeitragsverfügungen zu diesem Reglement an die Abteilung Gesundheit und</p>	<p>Ergänzung der Delegation</p>

	Soziales. Diese prüft die Gesuche und verfügt die Anspruchsberechtigung.	
	(neu) ² Die Gemeinde informiert die Einwohnerinnen und Einwohner in geeigneter Form über die Anspruchsvoraussetzungen und das Vorgehen zur Antragstellung zum Bezug von Mietzinsbeiträgen.	§ 10 Abs. 3 des MBG verlangt die Information der Einwohnerinnen und Einwohner durch die Gemeinde.
² Liegt ein persönlicher Härtefall vor, kann der Gemeinderat eine abweichende Regelung bewilligen.	(neu) ³ Liegt ein persönlicher Härtefall vor, kann der Gemeinderat eine abweichende Regelung bewilligen.	
	(neu) ⁴ Der Gemeinderat ist ermächtigt, die für den Vollzug dieses Reglements erforderliche Verordnung zu erlassen.	Es ist notwendig, die Kompetenz des Gemeinderats hier generell festzuhalten. Dies ermöglicht die Regelung von Vollzugsdetails auf Verordnungsstufe.
§ a16 Beschwerdeverfahren ¹ Gegen Verfügungen der Abteilung Gesundheit / Soziales kann innert 10 Tagen seit Mitteilung beim Gemeinderat Beschwerde erhoben werden	§ n8 Rechtsmittel ¹ Gegen Verfügungen der Abteilung Gesundheit und Soziales kann innert 10 Tagen seit Zustellung schriftlich und begründet beim Gemeinderat Beschwerde erhoben werden.	Titelanpassung: neu Rechtsmittel, denn je nach Instanz (Abteilung Gesundheit und Soziales ODER Gemeinderat) kann entweder eine Beschwerde ODER eine Einsprache erhoben werden. Sprachliche Konkretisierung
² Gegen Verfügungen des Gemeinderates kann innert 10 Tage seit Mitteilung beim Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft Beschwerde erhoben werden.	² Gegen Verfügungen des Gemeinderates kann innert 10 Tage seit Zustellung schriftlich und begründet beim Gemeinderat Einsprache erhoben werden.	Nach § 11 Abs. 2 MBG sind erstinstanzliche Verfügungen der Gemeinden durch Einsprache anfechtbar.
	(neu) ³ Gegen Beschwerde- und Einspracheentscheide des Gemeinderates kann innert 10 Tagen seit Zustellung schriftlich und begründet beim Regierungsrat Beschwerde erhoben werden.	Im Anschluss an den kommunalen Rechtsweg erfolgt der kantonale Rechtsweg.

5. Kapitel: Strafbestimmungen	gestrichen	
§ a17 Folgen des unrechtmässigen Bezuges Wer durch unwahre Angaben oder in anderer Weise die unrechtmässige Ausrichtung eines Beitrages erwirkt, hat den zu Unrecht bezogenen Beitrag zurückzuerstatten.	gestrichen	Bereits in § 13 Abs. 3 MBG geregelt. Verzicht auf Doppelnennung.
§ a18 Strafbestimmungen ¹ Wer diesem Reglement zuwiderhandelt, wird verzeigt und verwarnt oder mit einer Busse bis CHF 5'000 bestraft.	gestrichen	Mit Blick auf die Mitwirkungspflicht (§ 12 MBG) und Regelung zur Rückerstattung in bestimmten Fällen (§ 13 MBG) sind § a18 Abs. 1 und 2 nicht mehr notwendig.
² Das Verfahren richtet sich nach dem Gemeindegesetz. Es kommt das Bussenanerkennungsverfahren zur Anwendung.	gestrichen	Vgl. Bemerkung zu § a18 Abs. 1
6. Kapitel: Schlussbestimmungen	5. Kapitel: Schlussbestimmungen	
§ a19 Aufhebung des bisherigen Rechts ¹ Das Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen vom 24. November 1997 (Mietzinsbeitragsreglement) wird aufgehoben.	§ n9 Aufhebung des bisherigen Rechts Mit Inkrafttreten dieses Reglements wird das Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen vom 3. Dezember 2019 (Mietzinsbeitragsreglement) aufgehoben.	Das Mietzinsbeitragsreglement vom 03.12.2019 wird totalrevidiert.
§ a20 Inkrafttreten Dieses Reglement wird nach der Genehmigung durch die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion des Kantons Basel-Landschaft vom Gemeinderat in Kraft gesetzt.	§ n10 Inkrafttreten Dieses Reglement wird nach der Genehmigung durch die Finanz- und Kirchendirektion des Kantons Basel-Landschaft vom Gemeinderat in Kraft gesetzt.	